

© Der Landbote; 04.07.2013; Seite 11



Winterthur

«Die Neutralität hat sich überlebt»

Martin Gmür, Jean-Piere Gubler

Heute feiert der frühere FDP-Bundesrat Rudolf Friedrich in Winterthur seinen 90. Geburtstag. Der Staat sei «vom Vaterland zum Leistungserbringer geworden», kritisiert der Jubilar.

Sie galten früher als Kommunistenfresser und Kalter Krieger. Die Zeiten haben sich geändert. Sie auch?

Rudolf Friedrich: Ja sehen Sie, man entwickelt sich nach den Umständen. Und die Umstände waren damals ganz anders als heute. Ausserdem möchte ich bemerken, dass die sogenannten Kalten Krieger durch inzwischen zugängliche Dokumente aus der ehemaligen DDR recht bekommen haben.

Was unterscheidet den Rudolf Friedrich von 1982 vom Friedrich von heute?

Ich bin älter geworden. Ich habe einen wesentlich grösseren Überblick. Aber ich hüte mich streng davor, das Lied der guten alten Zeit zu singen. Eine Zeit, die es im Übrigen gar nie gegeben hat.

Ihr Interesse galt lange der Sicherheitspolitik. Als Bundesrat zur Zeit des Kalten Kriegs waren Sie auch als Magistrat damit konfrontiert. Interessieren Sie sich heute noch für dieses Thema?

Ich interessiere mich in der Tat für Sicherheitspolitik. Aber ich interessiere mich in erster Linie für die Schweiz. Ich möchte etwas vorausschicken: Wenn ich in manchen Dingen sehr kritisch bin, so bin ich doch sehr dankbar, Schweizer zu sein. Wir haben ein stabiles Land, wir haben eine funktionierende Demokratie, wir haben einen hohen Lebensstandard, wir haben fast keine Arbeitslosigkeit. Und das sind doch Werte, die nicht ganz selbstverständlich sind. Das möchte ich betonen.

Vor dreissig Jahren waren die Gefahren vor allem militärischer Natur. Heute gibt es viele andere. Wo sehen Sie die- se – für die Schweiz und weltweit?

Mir scheint eine der grösseren Gefahren darin zu liegen, dass der Grundsatz der Selbstverantwortung und der Freiheit an Glanz verloren hat. Der Staat ist, wenn ich es so scharf formulieren darf, vom Vaterland zum Leistungserbringer geworden. Jedermann stellt nur noch Forderungen und niemand will dem Staat dienen. Das ist heute unmodern. Das gilt für die Schweiz, für andere Länder gilt es noch mehr. Ich fürchte nun die Übertreibung dieser Entwicklung.

Nach Ihrem Rücktritt galten Sie bald als «elder Statesman». Sie haben sich immer wieder in politische Diskussionen eingemischt. Was hat Sie angetrieben?

Zuerst einmal gestatte ich mir, auch als ehemaliger Bundesrat meine Meinung zu vertreten. Zweitens interessiert mich die Politik nach wie vor. Und drittens finde ich, dass dieses Land

aktive Staatsbürger braucht.

Vor fünf Jahren haben Sie sich nicht mit Leserbriefen begnügt, sondern mit Inseraten den Stil der SVP angegriffen. Wie sehr ist sie verantwortlich an der Entwicklung in der Schweizer Politik?

Ich bin nicht einfach ein Gegner der SVP. Aber was ich bei ihr verheerend finde, sind zwei Dinge. Zuerst einmal der Populismus, der die Probleme verzerrt und in keiner Weise sachlich darstellt. Und zweitens ist es die geradezu fanatische Abschottungstendenz. Ausland ist per definitionem Feind.

Aber auch in Ihrer Partei gibt es Figuren, die dem Populismus frönen. Und die können Sie kaum lieben.

Ich möchte nicht über einzelne Personen sprechen, schon gar nicht aus der eigenen Partei. Das wäre nicht loyal. Aber es gibt gewiss auch in der FDP Dinge, die ich nicht goutiere.

Zum Beispiel?

Was mich gestört hat, ist, dass man nicht rechtzeitig zu den Missbräuchen im Bankwesen Stellung genommen hat. Was da gelaufen ist, kann ich niemals gutheissen. Im Gegenteil: Ich verurteile das aufs Schärfste. Die Steuerhinterziehung gegenüber dem Ausland finde ich kriminell. Das hat unserem Lande ausserordentlich geschadet. Und die hohen Saläre versteht kein Mensch mehr. Die stehen in keinem Verhältnis zur Leistung. Sie sind eine Provokation, sie stören die soziale Stabilität des Landes.

Die 1:12-Initiative werden Sie aber nicht unterstützen ...

Nein, das geht eben auch in die falsche Richtung. Man kann die Wirtschaft nicht so einengen, sie muss einen gewissen Spielraum haben.

Wozu könnten Sie Ja sagen? 1:25?

Es gibt dafür keinen Massstab oder keine Formel, sondern man muss in jedem Fall nach der Situation urteilen.

Schneiden wir doch noch das Thema Aussenpolitik an.

Wenn ich dieses Thema vor Augen habe, da fällt mir ein krasser Gegensatz auf. Wir haben eine ausserordentlich erfolgreiche, innovative Wirtschaft, die stets neue Wege sucht, sie auch findet und damit unseren Wohlstand schafft. Und die Aussenpolitik ist so ziemlich das Gegenteil. Man spielt den Igel und wartet ab.

Da spielen Sie wieder auf die konservativ-bürgerlichen Kräfte an.

Nicht nur. Das ist eine schweizerische Mentalität. Der Grund liegt natürlich in der Neutralität. Damit sind wir lange Zeit gut gefahren, aber sie ist meines Erachtens mit der Wende von 1989 an eine Grenze gestossen. Seit damals geht die Entwicklung hin zu einer immer engeren Verflechtung der einzelnen Länder, immer mehr Zusammenarbeit – und da hat die Schweiz den Anschluss verpasst. Neutralität ist im Grunde genommen etwas Passives. Diese Passivität, diese konservative Grundhaltung, das liegt im schweizerischen Volkscharakter. Seit der Ablehnung des EWR-Beitritts ist die Abschottung eine Konstante unserer Aussenpolitik.

Neutralität hat sich aber überlebt, in der Sicherheits- wie auch in der Aussenpolitik.

Eine weitere Konstante liegt darin: Wenn ein Problem von aussen an uns herankommt, dann versucht man zunächst, es auszusitzen. Man agiert nicht, man versucht also nicht, den Prozess aktiv zu beeinflussen, bestenfalls reagiert man. Und das meistens zu spät.

Sie äussern sich jeweils fast ausschliesslich zu eidgenössischen Themen. Sie sind aber Winterthurer und verfolgen auch die Lokalpolitik. Was verbindet Sie emotional mit dieser Stadt?

Ich bin ein ausgesprochen eingefleischter Winterthurer. Da habe ich wirklich meine Wurzeln. Ich bin hier zur Schule gegangen, habe meinen politischen Weg hier begonnen. Ich finde auch, die Stadt hat eine gute Grösse. Es ist alles da – und das ohne das ständig gehetzte Grossstadtmilieu.

Der sechste und bisher letzte Winterthurer Bundesrat

Jean-Pierre Gubler

Am Mittwoch, 8. Dezember 1982, um präzis 9 Uhr 29 war es offiziell: Rudolf Friedrich war mit 130 Stimmen zum Bundesrat gewählt, als sechster Winterthurer der Geschichte. Dem «Landboten» war das Ereignis ein Extrablatt wert, die Stadt richtete «ihrem» Bundesrat zehn Tage später einen grossen Empfang aus. Das Regierungsamt war der Höhepunkt einer Karriere, die den FDP-Politiker durch alle Parlamentsstufen geführt hatte, vom Gemeinde- über den Kantons- zum Nationalrat.

Als Bundesrat übernahm der Rechtsanwalt das Justizdepartement. Bereits nach zwei Jahren musste er allerdings wegen gravierender Herzbeschwerden seinen Rücktritt erklären. Dieser sei ihm äusserst schmerzlich gefallen, sagt er, da ihm das Amt sehr zugesagt habe. Seine Nachfolgerin wurde die erste Frau in der Landesregierung, Elisabeth Kopp. Jahre später wurde entgegen Friedrichs Absicht publik, dass er auf die ihm zustehende Rente verzichtet hatte, was ihm in der Bevölkerung hoch angerechnet wurde.

Nach seinem Rücktritt engagierte sich Friedrich in zahlreichen sozialen und politischen Organisationen. So als langjähriger Präsident der Pro Juventute, im Vorstand der Patenschaft für Berggemeinden und in der «Arbeitsgemeinschaft für eine offene Schweiz» (Argos). Heute lebt der Junggeselle weitgehend zurückgezogen in seinem Haus an der Wülflingerstrasse. Er sei noch mobil, gehe aber nur noch selten in die Stadt und fahre nicht mehr Auto, sagt er. Seine Zeit nütze er zur Lektüre von politischer und philosophischer Literatur. Ausserdem beschäftige er sich mit Astrophysik: «Der Aspekt des unendlichen Alls ist etwas, das mich fasziniert.» (jpg/mgm)